



Die
Bundesregierung

Gesetzliche Neuregelungen zum Januar 2024

Das ändert sich im neuen Jahr

Höherer Mindestlohn, gestiegenes Bürgergeld, das E-Rezept: Zum Jahreswechsel treten in vielen Bereichen gesetzliche Neuregelungen in Kraft. Ein Überblick.

Freitag, 29. Dezember 2023 ⌚ 7 Min. Lesedauer



Foto: Getty Images/iStockphoto

Arbeit ↗

[Soziales](#) ↗

[Gesundheit](#) ↗

[Pflege](#) ↗

[Energie](#) ↗

[Finanzen](#) ↗

[Innen](#) ↗

[Innovation](#) ↗

[Justiz](#) ↗

[Landwirtschaft](#) ↗

[Umweltschutz](#) ↗

[Verkehr](#) ↗

Ob im Finanzbereich, Gesundheitswesen oder Energiesektor: Zum Jahresbeginn treten einige gesetzliche Neuregelungen in Kraft. Welche dies genau sind, erfahren Sie hier:

Arbeit

Mindestlohn steigt

Der gesetzliche Mindestlohn steigt in zwei Schritten. Ab Januar 2024 liegt die unterste Lohngrenze bei 12,41 Euro brutto je Stunde. Ein Jahr später steigt sie auf 12,82 Euro.

[Weitere Informationen](#) ↗

Minijobber dürfen mehr verdienen

Ab Januar dürfen Minijobber 538 Euro im Monat verdienen. Da der Mindestlohn steigt, hebt der Gesetzgeber auch die Obergrenze für Minijobber an. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Minijobber ihre Arbeitszeit nicht kürzen müssen, sondern dauerhaft bis zu zehn Stunden in der Woche arbeiten können.

[Weitere Informationen](#) ↗

Zuschuss für Eingliederung von Arbeitssuchenden verlängert

Wer Arbeitssuchende einstellt, die stärkere Unterstützung benötigen – etwa aufgrund längerer Arbeitslosigkeit, einer Behinderung oder des Alters – kann auch künftig bis zu 36 Monate lang einen Eingliederungszuschuss erhalten. Diese Regelung ist bis Ende 2028 verlängert.

[Weitere Informationen](#) ↗

Lieferkettengesetz – Sorgfaltspflichten jetzt auch für kleinere Unternehmen

Unternehmen tragen Verantwortung dafür, dass Menschenrechte in globalen Lieferketten eingehalten werden; so schreibt es das sogenannte Lieferkettengesetz vor. Dazu gehört beispielsweise der Schutz vor Kinderarbeit, das Recht auf faire Löhne aber auch der Schutz der Umwelt. Ab 1. Januar 2024 greift das Lieferkettengesetz für Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten – bislang verpflichtete das Gesetz lediglich Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitenden.

[Weitere Informationen](#) ↗

[^ nach oben](#)

Soziales

Bürgergeld steigt deutlich

Wer auf Sozialhilfe oder Bürgergeld angewiesen ist, bekommt ab Januar 2024 mehr Geld. Alleinstehende Erwachsene erhalten 563 Euro im Monat – 61 Euro mehr als bisher.

[Weitere Informationen](#) ↗

Der Arbeitsmarkt wird inklusiver

Um mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, sollen Menschen mit Behinderung verstärkt in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden. Damit dies gelingt, ändern sich zum 1. Januar 2024 die Regelungen für Unternehmen, die trotz Beschäftigungspflicht keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen.

[Weitere Informationen](#) ↗

Neue Beitragsbemessungsgrenzen für 2024

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung steigen. Die Grenzwerte werden jährlich an die Einkommensentwicklung angepasst. Damit wird gewährleistet, dass die soziale Absicherung stabil bleibt.

[Weitere Informationen](#) ↗

Opfern schneller und besser helfen

Ein neues Sozialgesetzbuch tritt in Kraft. In diesem Gesetzbuch XIV wird das Soziale Entschädigungsrecht klar und transparent strukturiert. Damit kann Opfern von Gewalt – auch von Terror und sexuellem Missbrauch – schneller und zielgerichteter geholfen werden.

[Weitere Informationen](#) ↗



REGIERUNGSMONITOR

Verfolgen Sie die Umsetzung wichtiger Maßnahmen der Bundesregierung →

[^ nach oben](#)

Gesundheit

Elektronisches Rezept (E-Rezept)

Das rosafarbene Papier-Rezept wird durch ein elektronisches abgelöst. Gesetzlich Versicherte erhalten verschreibungspflichtige Arzneimittel künftig nur noch per E-Rezept. Sie können es mit ihrer elektronischen Gesundheitskarte (eGK), per App oder durch einen Papierausdruck einlösen.

[Weitere Informationen](#) ↗

Erhöhung der Kinderkrankentage

Die Kinderkrankentage (pro Kind und Elternteil) werden für 2024/2025 auf 15 erhöht. Vor der Corona-Pandemie waren es regulär zehn Tage. Wenn Eltern diese Tage in Anspruch nehmen, bekommen sie dafür Kinderkrankengeld. Es beträgt in der Regel 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts.

[Weitere Informationen](#) ↗

Neuer Grenzwert bei Bisphenol A für Trinkwasser

Damit unser Trinkwasser auch weiterhin bedenkenlos getrunken werden kann, hat die neue Trinkwasserverordnung einige Grenzwerte verschärft oder neu eingeführt. Ab 12. Januar 2024 gilt ein Grenzwert für Bisphenol A, weitere neue Grenzwerte werden folgen. Bisphenol A hat eine hormonähnliche Wirkung und steht im Verdacht, Krebs zu erregen. Die Chemikalie ist unter anderem in Kunstharzen enthalten, die auch zur Sanierung von Trinkwasserleitungen eingesetzt werden.

[Weitere Informationen](#) ↗

Pflege

Mehr Leistungen

Pflegegeld und ambulante Sachleistungsbeträge werden um jeweils fünf Prozent erhöht. Wer Angehörige pflegt, hat ab 2024 – statt eines Einmalanspruchs – jährlich Anspruch auf Pflegeunterstützungsgeld für zehn Arbeitstage. Auch der Zuschuss, den die Pflegekasse an Pflegebedürftige in vollstationären Pflegeeinrichtungen zahlt, wird erhöht.

[Weitere Informationen](#) ↗

[Weitere Informationen](#) ↗

Bessere Bedingungen für Pflegestudierende

Das Pflegestudium soll attraktiver werden: Dazu gehört unter anderem eine Ausbildungsvergütung für Studierende. Zudem ist es einfacher, ausländische Abschlüsse anerkennen zu lassen.

[Weitere Informationen](#) ↗

[^ nach oben](#)

Energie

Für mehr klimafreundliche Heizungen

Ab dem 1. Januar 2024 müssen in den meisten Neubauten Heizungen mit 65 Prozent Erneuerbarer Energie eingebaut werden. Für alle anderen Gebäude gelten großzügige Übergangsfristen und verschiedene technische

Möglichkeiten. Zudem gibt es eine umfangreiche Förderung, die stärker sozial ausgerichtet sein wird.

[Weitere Informationen](#) ↗

Wärmeplanung für ganz Deutschland

Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral heizen. Zukünftig erfahren Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch eine Wärmeplanung vor Ort, wie sie am besten heizen sollten. So fällt es leichter, sich für eine geeignete Heizungsoption zu entscheiden.

[Weitere Informationen](#) ↗

CO₂-Preis steigt auf 45 Euro pro Tonne

Der CO₂-Preis für Benzin, Heizöl und Gas steigt auf 45 Euro pro Tonne. Es bleibt bei der Entlastung durch den Wegfall der EEG-Umlage für Stromkundinnen und -kunden.

[Weitere Informationen](#) ↗

Strompreispaket für produzierende Unternehmen

Die Stromsteuer sinkt für alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf den EU-weit zulässigen Mindestwert. Dafür wird der bisherige Spitzenausgleich für etwa 9.000 Unternehmen abgeschafft. Die rund 350 am stärksten im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen erhalten einen Ausgleich für die Kosten des deutschen CO₂-Emissionshandels. Auch die Regelung zum „Super-Cap“ für die rund 90 besonders stromintensiven Unternehmen soll fortgeführt werden.

[Weitere Informationen](#) ↗

Finanzen

Grundfreibetrag: Mehr Einkommen bleibt steuerfrei

Mit dem Inflationsausgleichsgesetz wird für rund 48 Millionen Bürgerinnen und Bürger die Steuerlast an die Inflation angepasst. Damit werden Mehrbelastungen abgefedert. So wird der Grundfreibetrag in der Einkommensteuer ab 2024 um weitere 696 Euro auf 11.604 Euro angehoben. Ein höherer Grundfreibetrag führt bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern grundsätzlich auch zu einer geringeren Lohnsteuer. Auch der Kinderfreibetrag steigt – auf 6.612 Euro.

[Weitere Informationen](#) ↗

Wichtiger Impuls für neues Wachstum

Mehr privates Kapital für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung – das soll das Zukunftsfinanzierungsgesetz möglich machen. Start-Ups und Wachstumsunternehmen können einfacher an die Börse gehen und haben besseren Zugang zu Eigenkapital: Die Summe des Mindestmarktkapitals für einen Börsengang wird von 1,24 Millionen Euro auf eine Million Euro gesenkt – um auch kleineren Unternehmen den Weg an den Kapitalmarkt zu öffnen.

[Weitere Informationen](#) ↗

Mehr Steuerfairness – Globale Mindestbesteuerung beschlossen

Weltweit hatten sich mehr als 130 Staaten unter dem Dach von OECD und G20 darauf verständigt, eine globale Mindestbesteuerung einzuführen. In der EU wird die Mindestbesteuerung durch eine EU-Richtlinie sichergestellt, durch ein Gesetz wurde die Richtlinie in Deutschland umgesetzt.

[Weitere Informationen](#) ↗

Innen

Reform der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und Polizei

Nachrichtendienste dürfen Informationen an die Polizei nur noch dann übermitteln, wenn Leib, Leben und Freiheit einer Person sowie die Sicherheit des Staates bedroht sind. Außerdem sollen BND und Verfassungsschutz besser vor Spionage geschützt werden.

[Weitere Informationen](#) ↗

Jüdisches Leben schützen und unterstützen

Die Bundesregierung hat die jährlichen Leistungen an den Zentralrat der Juden von bisher 13 Millionen Euro auf 22 Millionen Euro erhöht. Ziel ist, jüdisches Leben sichtbarer zu machen. Zudem soll die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft weiter gestärkt werden.

[Weitere Informationen](#) ↗

Republik Moldau und Georgien werden sichere Herkunftsstaaten

Die Republik Moldau und Georgien werden in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufgenommen.

[Weitere Informationen](#) ↗

Innovation

Mehr Handlungsfreiheit für die Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND)

Disruptive Innovationen voranbringen – das ist Ziel der „Agentur für Sprunginnovationen“ (SPRIND). Künftig soll die Agentur unabhängiger und freier darüber entscheiden können, wie und welche Ideen sie fördert. Das hilft dabei, dass Deutschland seine Stellung innerhalb der Gruppe der weltweiten Innovationsführer behaupten und ausbauen kann.

[Weitere Informationen](#) ↗

[^ nach oben](#)

Justiz

Mehr Geld – weniger Bürokratie für Betreuung

Selbstständige berufliche Betreuerinnen und Betreuer sowie Betreuungsvereine erhalten eine Sonderzahlung. Damit werden inflationsbedingte finanzielle Mehrbelastungen abgedeckt.

[Weitere Informationen](#) ↗

[^ nach oben](#)

Landwirtschaft

Ökoleistungen der Landwirtinnen und Landwirte

Das seit 2023 geltende GAP-Direktzahlungen-Gesetz sieht vor, dass Landwirtinnen und Landwirte freiwillige Ökoleistungen erbringen und dafür honoriert werden. Das können etwa Blühstreifen auf Ackerland, Agroforst oder der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel sein. Damit noch mehr Landwirte

dies tun, erhöht der Gesetzgeber die Prämien und vereinfacht die Anforderungen.

[Weitere Informationen](#) ↗

Glyphosat darf weiter eingesetzt werden

Die Bundesregierung hatte entschieden, Glyphosat 2024 vom Markt zu nehmen. Doch nach der erneuten EU-weiten Zulassung darf Glyphosat auch in Deutschland weiterverwendet werden. Geltende Beschränkungen zum Einsatz von Glyphosat bleiben bestehen. So ist es zum Beispiel in Wasserschutzgebieten verboten.

[Weitere Informationen](#) ↗

Tierschutz: Verbot des Kükentötens auf Embryonen ausgeweitet

Seit Januar 2022 ist das Töten von Eintagsküken verboten. Mit der nun beschlossenen Regelung ist es zudem verboten, Hühnerembryonen ab dem 13. Bebrütungstag zu töten.

[Weitere Informationen](#) ↗

[^ nach oben](#)

Umweltschutz

Einwegpfand erweitert auf Milch & Co.

Ab 2024 wird die geltende Einwegpfandpflicht auch auf Milch, Milchmischgetränke und Milchprodukte in Einwegkunststoffflaschen ausgeweitet. Das sieht die jüngste Novelle des Verpackungsgesetzes vor. Für diese Produkte wird dann ein Pfand von mindestens 25 Cent erhoben.

[Weitere Informationen](#) ↗

Verkehr

Schnellere Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich

Langwierige und komplizierte Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Ausbau wichtiger Schienenstrecken und Straßenprojekte werden einfacher und schneller.

[Weitere Informationen](#) ↗

Diese Gesetze treten in Kraft: Welche neuen Gesetze treten in Kraft? Was ändert sich für Sie im Alltag? [Hier finden Sie eine Übersicht](#) ↗ der gesetzlichen Neuregelungen Monat für Monat.